

CO2-EMISSIONEN- Wir rechnen falsch

EIN GASTBEITRAG VON KLAUS RADERMACHER am 3. Juli 2021

Nach einer Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung sind **Pauschalaussagen** wie „Bahnfahren ist umweltfreundlich, Autofahren ist umweltschädlich, Fliegen geht gar nicht“ **haltlos**.

Statt etwa Elektro-Autos mit Milliarden Steuergeldern zu subventionieren, plädieren die Autoren für mehr Ideologiefreiheit in der Verkehrs- und Klimadebatte.

Dass die Forderung nach starker Reduzierung beziehungsweise gar Abschaffung aller Inlandsflüge zur Reduzierung der CO2-Emissionen des Verkehrssektors und zum Schutz des Weltklimas etwas voreilig sein könnte, ist gerade in den vergangenen Wochen diskutiert worden. Eine Anfrage der Partei Die Linke beim Verkehrsministerium hatte ergeben, dass die dabei eingesparten CO2-Mengen im Verhältnis zu den deutschen Gesamtemissionen nur im Promillebereich liegt. Aber auch im Kontext dieser Anfrage wurde ignoriert, dass die klimarelevanten Auswirkungen verschiedener Verkehrsmittel in der öffentlichen und politischen Debatte immer nur im Zusammenhang mit den aus der Antriebsenergie entstehenden CO2-Belastungen diskutiert werden. Die Tatsache, dass zur Erbringung einer Verkehrsleistung jedweder Art immer auch Infrastruktur notwendig ist, wird meist ignoriert.

In einer von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit beauftragten Studie wurde jetzt erstmals ein ganzheitlicher Ansatz zur Ermittlung der CO2-Emissionen bezogen auf die jeweils erbrachte Verkehrsleistung vorgestellt.

Die Studie beschreibt eine Methodik, in der für jedes Verkehrssystem einerseits die Knotenpunkt-Infrastruktur (Bahnhöfe, Flughäfen, Parkraum), die Wege-Infrastruktur (Straßen, Bahntrassen mitsamt Elektrifizierung), die Steuerungs-Infrastruktur (Verkehrszeichen und Ampeln, Stellwerke, Signalanlagen und Weichen, Flugsicherungssysteme) berücksichtigt werden, andererseits aber auch die Produktion der einzelnen Verkehrsmittel (Pkw, Zug, Flugzeug) und deren Energieverbrauch bei der Fortbewegung systematisch ermittelt und auf die jeweils erbrachte Verkehrsleistung umgelegt werden.

Enorme „versteckte Belastungen“

Daraus lässt sich ein konkreter CO2-Wert für jeden geleisteten Personenkilometer (PKM) ermitteln. Die vorgestellten Ergebnisse zeigen deutlich, dass die häufig bemühten, vereinfachenden Sichtweisen, wie „Bahnfahren ist umweltfreundlich, Autofahren ist umweltschädlich, Fliegen geht gar nicht“ bei ganzheitlicher Betrachtung in sich zusammenfallen wie ein Kartenhaus im Luftzug.

Wo in der Diskussion ist, jemals darauf hingewiesen worden, dass allein die CO2-Belastungen aus der Produktion eines durchschnittlichen Pkw mit 33 Gramm CO2 für jeden PKM zu Buche schlagen, die auf die 85 Gramm CO2 aus dem Auspuff hinzuaddiert werden müssen? Bei Elektrofahrzeugen ist die produktionsbedingte CO2-Belastung derzeit sogar noch höher, da die Batteriefertigung nach wie vor sehr CO2-intensiv ist. Hintergrund dieser enormen „versteckten Belastungen“ ist vor allem die unglaubliche Ineffizienz des motorisierten Individualverkehrs (MIV).

CO2-EMISSIONEN- Wir rechnen falsch

Bei durchschnittlich nur einer Stunde Fahrzeit pro Tag (23 Stunden steht das Auto und benötigt Parkraum) und einer durchschnittlichen Auslastung von lediglich 1,5 der fünf verfügbaren Plätze ergibt sich eine rechnerische Nutzungseffizienz von 1,25 Prozent.

Der „Spinat-Irrtum“

Noch drastischer werden die Verzerrungen in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich, wenn der Bau der Wege-Infrastruktur mitberücksichtigt wird. Gerade die Hochgeschwindigkeitsstrecken der Bahn, die vor allem aus Beton, Stahl und Kupfer bestehen und oft durch kilometerlange Tunnel und über hohe Talbrücken führen, verursachen beim Bau Millionen Tonnen CO₂.

Die in der Studie gerechneten Beispiele zeigen drastisch auf, dass die pauschale Aussage „Bahnfahren ist umwelt- und insbesondere klimafreundlich“ als „Spinat-Irrtum“ des 21. Jahrhunderts abgetan werden muss, denn eine falsche Aussage wird auch durch ständige Wiederholung nicht richtig. Werden die CO₂-Emissionen der notwendigen Infrastruktur korrekt auf die geleisteten Personenkilometer umgelegt, so sind auch viel befahrene und gut ausgelastete Strecken der Bahn zuweilen deutlich CO₂-intensiver, als wenn die Reise mit einem Pkw oder gar Flugzeug erfolgt.

Luftraum muss weder gebaut noch gewartet werden

Für das Verkehrssystem Luftfahrt wird deutlich, dass keinerlei Wege-Infrastruktur benötigt wird, ein systemimmanenter Vorteil, der in den Diskussionen schlicht ignoriert wird. Die Luft, in der die Flugzeuge zwischen zwei Flughäfen unterwegs sind, ist einfach da, sie muss weder gebaut noch gewartet werden. Mobilität ist angewandte Physik. Interessante Erkenntnisse liefern auch die Berechnungen zur physikalischen Bewegungseffizienz der untersuchten Verkehrssysteme. Da Züge sehr schwer sind, liegt die zu transportierende Gesamtmasse pro Person durchschnittlich bei 1,8 Tonnen, im Flugzeug, trotz des mitzuführenden Kerosins, nur bei weniger als 0,5 Tonnen.

Systembedingt halten Züge unterwegs häufig an, die schnellste ICE-Verbindung der Beispielstrecke Hamburg–München hat acht Zwischenhalte; auch für den Fahrgast, der von Hamburg nach München durchfahren möchte, sind deshalb mindestens neun sehr energieintensive Beschleunigungsvorgänge von null auf bis zu 290 Stundenkilometer notwendig. Aus physikalischer Sicht ist der Transportvorgang im Flugzeug, bei dem nur einmal beim Start beschleunigt wird und bei dem für jeden zu befördernden Passagier eine sehr viel geringere Masse zu bewegen ist, sehr viel effizienter, als dies mit den deutlich höheren Massen und der größeren Anzahl an Beschleunigungsvorgängen in der Bahn und auf der Straße der Fall ist.

Monokausales Denken ist keine Lösung

Mobilität ist komplex. Monokausales Denken liefert keine Lösungen. Neben der detaillierten Analyse macht die Studie auch konkrete Vorschläge, wie im Verkehrssektor Jahr für Jahr allein in Deutschland zig Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden können, ohne dass es zu einer Einschränkung der Mobilität kommen muss. Vorausgesetzt, dass wir als Gesellschaft bereit sind, Mobilität anders zu denken. „[Mobility as a Service](#)“-Konzepte und Innovationen wie „[Autonomes Fahren](#)“ oder „[Digitale Mobilitäts-Plattformen](#)“ müssen zukünftig eine entscheidende Rolle spielen.

CO2-EMISSIONEN- Wir rechnen falsch

Teure und CO2-intensive Infrastrukturen würden weniger gebraucht und die vorhandene Infrastruktur müsste weniger gewartet und seltener ersetzt werden. Hier liegt der entscheidende Hebel für effizientere Mobilität. CO2-Emissionen, die durch Bau und Wartung der Verkehrsinfrastruktur entstehen, in der Rechnung zu ignorieren, hilft hingegen niemandem, dem Klima schon gar nicht. Sachlich ist es weder gerechtfertigt noch hilfreich, bestimmte Verkehrsmittel grundsätzlich zu verteufeln und andere als die Lösung für alle zukünftigen Probleme zu bejubeln.

Wettbewerb ist zu begrüßen

Zukünftige Verkehrssysteme müssen sich sinnvoll ergänzen; Wettbewerb ist dabei grundsätzlich zu begrüßen und kann durch sinnvolle Regulierung erreicht und gelenkt werden. Ganzheitlich über die gesamte Prozesskette hinweg zu denken, sämtliche notwendigen Infrastruktur-Komponenten im Blick zu behalten und komplexe Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge ohne ideologische Scheuklappen zu berücksichtigen, ist dringend geboten. Statt beispielsweise den Absatz von Elektro-Pkw mit Milliarden Steuergeldern zu subventionieren, sollte eher über Anreize nachgedacht werden, wie die Nutzungseffizienz im motorisierten Individualverkehr (MIV) verbessert werden kann. Eine ideologiefreie Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Erkenntnissen, Verfahren, Methoden und Technologien ist zwingend notwendig, um nicht in Zukunft immer nur auf „ausgetretenen Pfaden“ unterwegs zu sein.

Die gesellschaftliche Diskussion zur Mobilität der Zukunft muss über alle Parteigrenzen hinweg konsequent versachlicht werden und sich an naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und technisch Machbarem orientieren. Emotionen und Ideologien und das kategorische Festhalten an dem, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, in der Zukunft aber eher hinderlich ist, bringen uns in dieser wichtigen Debatte nicht weiter.

Die Grünen bezeichnet er als „Verbotspartei“, die die "Gesellschaft in ihre grünen Schablonen zu pressen" versuche.

„Die Partei versucht, die Gesellschaft in ihre grünen Schablonen zu pressen“, sagte er der Zeitung. Für liberal denkende Menschen sei der „grüne Kindergarten“ nicht wählbar.

„Mittlerweile nehme ich sie als linksorientierte Partei wahr, in der es vor allem um Regeln geht, nicht um Freiheit“, sagte er über die Grünen. „Ich will das Wort eigentlich nicht benutzen, aber Verbotspartei trifft es schon“.

Warum er zur FDP gewechselt ist, begründet der 41-jährige Bauunternehmer und Geschäftsführer der Firma KS-Solutions damit, dass die Freien Demokraten einen Wandel durchlaufen hätten. „Mir ging es immer um einen ökologisch-ökonomischen Ansatz. Der hat mir damals bei der FDP gefehlt, jetzt wird er dort verfolgt. Die Liberalen haben sich gewandelt in den letzten zwölf Jahren, sie schreiben Innovation jetzt groß, auch im ökologischen Sektor.“

Er sei froh, „dass ich jetzt aus diesem grünen Kindergarten raus bin und endlich, wie ein Erwachsener Politik betreiben kann. Ich war ja Mitglied in einigen Gremien der Partei, und ich finde da kein anderes Wort als Kindergarten“, so Kehrein-Seckler.

CO2-EMISSIONEN- Wir rechnen falsch

Manche deutschen Politiker scheinen zu glauben, dass das Volk für sie da ist und verstehen nicht, dass sie vom Volk gewählt und bezahlte Vertreter sind, deren Aufgabe es ist, den Willen des Volkes zu respektieren und umzusetzen. Und nicht umgekehrt.

Viele Politiker in Deutschland sind offensichtlich der Meinung, Demokratie wäre es, wenn sie das Volk erziehen und den Menschen im Land sagen können, was sie zu denken und gut zu finden haben. Viele dieser Politiker scheinen nicht zu verstehen, dass Demokratie bedeutet, dass sie von den Menschen gewählt und damit betraut werden, den Willen der Menschen umzusetzen, und nicht umgekehrt. Beispiele dafür gibt es viele und nun ist ein weiteres hinzugekommen. Rufen wir uns zuerst einige der Beispiele aus der Vergangenheit in Erinnerung.

„Was haben die denn für Sorgen und Nöte?“

Viele kennen sicher noch die Aussage einer SPD-Politikerin, die es nicht richtig fand, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst zu nehmen und fragte, was „die denn für Sorgen und Nöte“ hätten.

Die SPD hat sich danach in einer [Pressemeldung](#) dazu geäußert und gesagt, die Aussage sei aus dem Zusammenhang gerissen worden:

„In einem Interview erklärt Frau Handrick dem Generalsekretär der Brandenburger SPD, Erik Stohn, dass sich ihr Unverständnis auf Nazi-Demonstranten bezog und sie die Sorgen und Nöte der Teilnehmer dieser Demonstrationen nicht nachvollziehen kann.“

Das mag sein, aber die Aussage zeigt, wie die Politiker in Deutschland denken: Sie fragen nicht danach, ob ihre Politik und die von ihnen getroffenen Entscheidungen die Menschen radikalisierten, und sie lehnen den Dialog mit den Menschen ab. Wer die Entscheidungen der Politik nicht gut findet und dagegen demonstriert, mit dem will man nicht sprechen. Ist das überhaupt noch demokratisch?

Um das klarzustellen, ich will keine Nazi-Demonstrationen in Schutz nehmen, aber man muss sich doch fragen, wie es kommt, dass Menschen an solchen Demonstrationen teilnehmen und wenn man als Politiker die (Mit-)Verantwortung für die Entwicklungen im Land trägt, dann muss man sich doch fragen, was man getan hat, damit es zu einer Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung kommen konnte. Stattdessen wird aber auf diese Menschen eingedroschen.

Während die Politiker vor Kameras erzählen, sie wollten alle Menschen im Land erreichen, zeigen Aussagen wie die von Frau Handrick, was die Politiker in Wirklichkeit über die Menschen denken. Unvergessen ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage von Siegmund Gabriel, der Andersdenkende als „Pack“ bezeichnet hat.

Das Demokratieverständnis einer gewissen Frau Merkel

Ein besonders bemerkenswertes Demokratieverständnis hat die Bundeskanzlerin. Bei einer [Rede zur Vorstellung des Allensbacher Jahrbuchs](#) der Demoskopie „Die Berliner Republik“ sagte Dr. Angela Merkel am 3. März 2010 in Berlin:

„Aber genau deshalb bin ich auch zutiefst davon überzeugt, dass es richtig ist, dass wir eine repräsentative Demokratie und keine plebiszitäre Demokratie haben und dass uns die repräsentative Demokratie für bestimmte Zeitabschnitte die Möglichkeit gibt, Entscheidungen zu fällen, dann innerhalb dieser Zeitabschnitte auch für diese Entscheidungen zu werben und damit Meinungen zu verändern.“

CO2-EMISSIONEN- Wir rechnen falsch

Merkel sagte also offen, dass deutsche Regierungen (auch ihre eigene) Entscheidungen gegen den Willen der Mehrheit der Menschen im Land getroffen haben. Und das findet sie in Ordnung. Ist das demokratisch?

Merkel sagte deutlich, dass das der Politik die Zeit gibt, die „Meinungen zu verändern.“ Das nennt man in Fachkreisen Propaganda und dafür gab es in den dunklen Tagen der deutschen Geschichte ein eigenes Ministerium mit dem Namen „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ unter der Leitung eines gewissen Ministers Dr. Goebbels. Das Ministerium hatte genau diese vom Merkel genannte Aufgabe: Das Beeinflussen der öffentlichen Meinung in die gewünschte Richtung.

Aber ist es demokratisch, wenn die Regierung den Menschen vorgeben will, was sie gut und was sie schlecht finden sollen? Bedeutet Demokratie nicht eigentlich das genaue Gegenteil?

Merkel hat dann auch Beispiele dafür genannt, dass dieses Vorgehen in der heutigen „besten Demokratie, die Deutschland je hatte,“ normal ist. Aus den letzten 20 Jahren nannte sie die Einführung des Euro und die „die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt“ als Beispiele. Diese hübsche Formulierung bedeutet, dass die Bundeswehr heute überall in der Welt an Kriegen beteiligt ist. Und Merkel fügte hinzu:

„Fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt“

Das findet sie gut, das macht sie stolz. Aber es ist eben undemokratisch.

Weiter sagte sie:

„Erst im Nachhinein hat sich in vielen Fällen die Haltung der Deutschen verändert. Ich finde es auch vernünftig, dass sich die Bevölkerung das Ergebnis einer Maßnahme erst einmal anschaut und dann ein Urteil darüber bildet.“

Im Klartext sagte Merkel: Die Politik entscheidet gegen den Willen der Menschen und die dürfen sich dann dem Diktat der Politik anschließen. Und wenn sie es nicht tun (wie zum Beispiel bei den Kriegseinsätzen der Bundeswehr, für die es in der Bevölkerung auch nach über 20 Jahren noch keine Mehrheit gibt), dann macht die Politik es eben 20 und mehr Jahre auch gegen den Willen der Mehrheit. Der Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan wurde nicht beendet, weil die Deutschen dagegen waren, sondern weil die USA sein Ende beschlossen haben. Wer trifft also die „demokratischen“ Entscheidungen in Deutschland? Die deutschen Wähler oder die USA?

Das aktuelle Beispiel

Die Bundesregierung hat einen Ostbeauftragten mit Namen Marco Wanderwitz. Dieser Mann sollte – so könnte man denken – die Sorgen und Nöte der Ostdeutschen verstehen und sich – quasi als deren Anwalt bei der Bundesregierung – für sie einsetzen. Aber er scheint ein ganz anderes Verständnis von seiner Aufgabe zu haben und meint stattdessen, seine Aufgabe wäre es, den Ostdeutschen klarzumachen, dass sie vollkommen falsche Ansichten haben.

Die Wiedervereinigung ist nun über 30 Jahre her, aber trotzdem sind die Löhne im Osten immer noch niedriger als im Westen. Daran könnte man der Wirtschaft die Schuld geben, die im Osten einfach keine vernünftigen Löhne zahlen will. Aber auf die Renten hat der Staat Einfluss, aber die Arbeitsleistung der Menschen aus DDR-Zeiten wird in der Rentenformel bis heute niedriger bewertet, als die der Menschen in der alten Bundesrepublik.

CO2-EMISSIONEN- Wir rechnen falsch

Davon, dass die meisten Behörden, Universitäten und sogar eine Landesregierung im Osten immer noch von „Wessis“ geführt werden, gar nicht zu reden. Umgekehrt gibt es in Behörden, Universitäten oder Landesregierungen im Westen kaum Führungspersonal aus dem Osten.

Dass die Menschen im Osten sich daher als Menschen zweiter Klasse behandelt fühlen und sauer auf die Politik sind, kann man irgendwie verstehen. Diese Kritik, die sicher nicht immer sachlich geäußert wird, macht Herrn Wanderwitz wütend.

Der Spiegel zitierte ihn so:

„Wanderwitz wurde jüngst auch aus den eigenen Reihen kritisiert, nachdem er im »FAZ-Podcast für Deutschland« gesagt hatte, ein Teil der Bevölkerung im Osten habe »gefestigte nichtdemokratische Ansichten«. »Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind«, so Wanderwitz zu den teils hohen Wahlerfolgen der AfD dort.“

Ich bin bekanntermaßen kein Freund der AfD, aber sie ist nun einmal eine in Deutschland legale Partei, die derzeit immerhin zehn Prozent der Wähler hinter sich hat. Anstatt sich mit dieser Partei und vor allem ihren Wählern in demokratischer Form auseinanderzusetzen, und vor allem die Frage zu stellen, warum diese Partei – vor allem im Osten – einen solchen Zulauf hat, grenzt der Ostbeauftragte der Bundesregierung die ca. 25 Prozent AfD-Wähler im Osten kurzerhand aus und nennt sie „*diktatursozialisiert*“.

Man muss sich nicht wundern, dass die Menschen im Osten sich von der Bundesregierung nicht vertreten fühlen, wenn sogar der Ostbeauftragte für sie nur Beschimpfungen übrig hat. Und er hat aus der Kritik, die er für seine Äußerungen einstecken musste, nichts gelernt, denn bei der Vorstellung des Jahresberichts zum Stand der Deutschen Einheit

legte er laut Spiegel nach:

„Ich hatte mir vorgenommen, ein großes Dialogforum auszurollen, dann kam aber nach ersten Foren Corona dazwischen. Das wollen wir nun weitermachen: in Formaten wie Werkstattgesprächen den Menschen auf Augenhöhe begegnen und ihnen zuhören, den Menschen auch erklären, warum gewisse Dinge nicht funktionieren, so wie sie es sich wünschen.« Dies sei mühselig. »Und ich bin auch frei von Illusionen. Bei einem gewissen Anteil von denen, die Hass auf die Demokratie haben, kann ich mir schwerlich vorstellen, dass man sie damit erreichen kann.«“

Hass auf die Demokratie?

Politik und Medien unterstellen den Kritikern der Regierung und den Wählern der AfD (manchmal auch den Wählern der Linken) einen „Hass auf die Demokratie.“ Da muss man sich fragen, ob da etwas dran ist. Und es gibt eine Antwort auf die Frage.

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hat 2019 eine sehr interessante [Umfrage veröffentlicht](#). Das Ergebnis war, dass eine knappe Mehrheit in Deutschland mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden ist. Ich habe damals ausführlich darüber berichtet, den Artikel

[finden Sie hier](#).

Wer allerdings meint, dass diese knappe Mehrheit der Deutschen, die mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie unzufrieden ist, weniger Demokratie möchte, oder gar einen „Hass auf die Demokratie“ hat, der liegt falsch. Das Gegenteil ist der Fall:

CO2-EMISSIONEN- Wir rechnen falsch

Bei der Frage nach alternativen Regierungsmodellen wollten 42,2%, dass die Bürger in regelmäßigen Volksentscheiden die wesentlichen Entscheidungen über Gesetze treffen. Für gewählte Abgeordnete als Entscheidungsträger sprachen sich 40,1% aus. Die Menschen sind also keineswegs – ich wiederhole es – mit der Demokratie an sich unzufrieden, sondern vor allem damit, wie sie in Deutschland umgesetzt wird. Die Menschen wollen an Entscheidungen demokratisch beteiligt werden. Das zeigt sich auch daran, dass nur 1,3% der Deutschen eine „einzelne Führungspersönlichkeit mit umfassender Entscheidungsmacht“ wollen.

Die Deutschen wollen mehr Demokratie

Die Umfrage ist zwar zwei Jahre alt, aber an dem Ergebnis dürfte sich nichts Entscheidendes geändert haben. Die Menschen in Deutschland (und vor allem in Ostdeutschland) wollen nicht weniger Demokratie, sondern mehr davon – sie wollen nicht nur Vertreter wählen können, die für sie entscheiden, sie wollen selbst an den Entscheidungen beteiligt werden.

Das aber können Politiker, deren Selbstverständnis darin besteht, das Volk erziehen zu wollen, nicht gut finden und sprechen von einem „Hass auf die Demokratie.“ Dabei verstehen sie nicht, dass sie selbst es sind, die mit solchen arroganten Aussagen Hass schüren – keinen Hass auf die Demokratie, aber Hass auf das aktuelle politische System. Und diese Entwicklung ist gefährlich!

Darum ist es dringend geboten, dass solche Herrschaften von ihrem hohen Ross heruntersteigen und endlich wieder verstehen, was ihre Rolle ist: Sie sollen den Willen der Menschen umsetzen und nicht versuchen, die Menschen zu erziehen. Das hat schon früher in Deutschland zu nichts Gutem geführt.

Der Spiegel hat von einer repräsentativen Umfrage von Infratest Dimap im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung berichtet und natürlich mal wieder weggelassen, was ihm nicht in den Kram passt. Daher habe ich mir diese Umfrage mal genauer angeschaut.

Die Überschrift des Spiegel-Artikels lautete

„Umfrage in Deutschland – Nur jeder Zweite ist mit der Demokratie zufrieden“

und schon das war ein etwas irreführender Titel.

Korrekt wäre gewesen

„**Knappe Mehrheit in Deutschland mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden**“, denn tatsächlich sind 46,6% damit zufrieden, 53,4% aber nicht. Und es ging ja nicht darum, ob die Deutschen Demokratie wollen oder nicht, sondern um die Frage, ob die Deutschen mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie zufrieden sind. Und das ist ein feiner, aber sehr wichtiger Unterschied.

Die Umfrage hat nämlich ergeben, dass die Deutschen Demokratie wollen, nur sie haben in der Mehrheit den Glauben an die Demokratie verloren, wie sie derzeit in Deutschland umgesetzt wird. Und das zeigt die Umfrage mehr als deutlich, wie wir uns nun im Detail anschauen wollen.

Die Deutschen blicken mit großem Pessimismus in die Zukunft, denn auf die Frage „*Wird es künftigen Generationen in Deutschland besser gehen?*“ antworteten 21,6% wesentlich schlechter und 44,7% etwas schlechter, das bedeutet, dass genau zwei Drittel der Deutschen pessimistisch in die Zukunft blicken. Darüber findet sich im Spiegel-Artikel aber kein Wort.

CO2-EMISSIONEN- Wir rechnen falsch

Und die Umfrage zeigt auch indirekt auf, wie sehr Deutschland auseinanderdriftet. Während die Oberschicht zu 57,5% mehr oder weniger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie ist, ist es bei der Mittelschicht fast ausgeglichen. Dort sind 54,1% damit zufrieden, aber die Unterschicht ist abgehängt und hat offenbar keinerlei Vertrauen mehr in dieses heutige politische System, denn **in der Unterschicht sind 70,1% mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland unzufrieden.**

Ganz offensichtlich ist die Sozialpolitik der letzten Jahre komplett gescheitert, anders kann man diese Zahlen nicht interpretieren und über zwei Drittel Unzufriedene im ärmsten Teil der Bevölkerung ist ein Wert, der einem Angst machen sollte. Damit steht Deutschland nicht gut da und das Mantra vom „reichen Deutschland“ scheinen viele nur noch als Hohn zu empfinden, wie man aus den Zahlen interpretieren kann.

Der Spiegel reitet in seinem kurzen Artikel aber nur auf der Demokratiezufriedenheit herum und seziiert diese Zahlen lediglich nach Parteienpräferenz. Die soziale Komponente und die soziale Spaltung der Gesellschaft, die die Umfrage deutlich aufzeigt, verheimlicht der Spiegel komplett.

Wenig überraschend ist, dass die Anhänger der etablierten Parteien mit der Demokratie in Deutschland zu ungefähr 60% zufrieden sind, während die Anhänger der Linken nur zu 33,7% und die Anhänger der AfD sogar nur zu 7,2% mit der Demokratie in ihrer jetzigen Form mehr oder weniger zufrieden sind.

Und man sieht auch, wo die Menschen in Deutschland die Lösung sehen.

Bei der Frage nach alternativen Regierungsmodellen wollten 42,2%, dass die Bürger in regelmäßigen Volksentscheiden die wesentlichen Entscheidungen über Gesetze treffen. Für gewählte Abgeordnete als Entscheidungsträger sprachen sich 40,1% aus. Die Menschen sind also keineswegs – ich wiederhole es – mit der Demokratie an sich unzufrieden, sondern vor allem damit, wie sie in Deutschland umgesetzt wird. Die Menschen wollen an mehr Entscheidungen demokratisch beteiligt werden. Das zeigt sich auch daran, dass nur 16,2% dafür sind, dass „*neutrale Experten oder Verfassungsgerichte*“ über die Gesetze entscheiden und eine „*einzelne Führungspersönlichkeit mit umfassender Entscheidungsmacht*“ wollen nur 1,3% der Deutschen.

Über all das – mit Ausnahme der sozialen Frage – hat der Spiegel auch berichtet. Nun kommen wir zu dem zu dem, was er weggelassen hat. Und das ist eine Menge.

Es ging als nächstes in der Umfrage um das Vertrauen zu verschiedenen Institutionen und Organisationen. Und wenig überraschend war die Unzufriedenheit mit den Medien groß, 64,9% misstrauen den Medien in Deutschland mehr oder weniger stark. Das fand sich im Spiegel nicht. Schlechter kamen nur wenige weg, unter anderem die Parteien, denen misstrauen 77,5% der Deutschen. Das ist eine deutliche Klatsche sowohl für die etablierten Medien und auch für das deutsche Parteiensystem der repräsentativen Demokratie.

Natürlich will ich nicht verschweigen, dass Sie hier aufhören sollten zu lesen, denn am wenigsten Vertrauen haben die Deutschen in Blogger, denen misstrauen 91,6%.

Sie sind noch da? Okay, dann machen wir weiter mit der Umfrage.

CO2-EMISSIONEN- Wir rechnen falsch

Ein weiteres Armutszeugnis für die heutigen Politiker ist, dass nur eine Minderheit von 43% der Meinung ist, die Politiker hätten „*das Beste für unser Land im Sinn*„. Die Menschen halten also die Politiker noch nicht einmal wirklich für unfähig, sondern sie glauben nicht, dass die Politiker sich überhaupt um das Land und die Menschen sorgen. Noch deutlicher wird das bei der Frage, ob die Politiker sich „*um die Sorgen von Menschen wie mir kümmern*„. Nur ein Viertel (25,5%) ist dieser Meinung, aber ganze 74,5% sind der Meinung, dass die Politiker sich nicht um sie und ihre Sorgen kümmern.

Revolutionen sind in anderen Ländern schon bei besseren Umfragewerten ausgebrochen, man muss objektiv feststellen, dass es in Deutschland offensichtlich unter der Oberfläche kocht.

Und wenig überraschend ist auch, wie die Deutschen auf diese Fragen nach Höhe des Einkommens antworten. Dass die Politiker sich kümmern, meinen immerhin 37,4% der Oberschicht, aber nur 16,5% der Unterschicht. Und dass die Politiker das Beste für das Land wollen, meinen 52,8% der Oberschicht, aber nur 30,1% der Unterschicht.

Und dieses Ergebnis war zu erwarten. Während die Politiker in der Tagesschau immer beklagen, die Schere zwischen Arm und Reich ginge in Deutschland immer weiter auseinander, haben sie dieses Problem in Wirklichkeit selbst geschaffen. Alle Gesetze der letzten 20 Jahre haben genau diese Entwicklung befördert, denn während der Oberschicht die Steuersätze gesenkt wurden, wurden bei der Unterschicht Sozialleistungen und Renten gekürzt und im Gesundheitssystem Eigenbeteiligungen der Patienten eingeführt. Da ist es verständlich, dass die Oberschicht eine deutlich bessere Meinung über die Politiker egal welcher Partei hat, denn egal welche der etablierten Parteien in den letzten 20 Jahren regiert hat (und es waren ja alle mal am Ruder), sie haben in dieser Frage alle die gleiche Politik gemacht.

Während und Medien und Politik uns aber immer noch erzählen, dass Deutschland ein reiches Land sei, kritisiert die UNO bereits die soziale Lage in Deutschland. In ihrem letzten [UNO-Jahresbericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland](#), hat die UNO Kinderarmut, Niedriglöhne, Lehrermangel, Pflegenotstand und so weiter im Detail angeprangert. **Nur die deutschen Medien haben darüber mit keinem Wort berichtet, die Legende vom „reichen Deutschland“ soll ja keine Risse bekommen.**

Und auch die Probleme der „*parlamentarischen Parteiendemokratie* „, wie die Studie es selbst nennt, bestätigen all das. Als größtes Problem wird genannt, dass ärmere Menschen sich seltener an Wahlen beteiligen als reichere. 75,5% geben das an und es bestätigt, was vorhergesagt wurde: Die Armen haben jedes Vertrauen in diese „*parlamentarische Parteiendemokratie*“ verloren, denn egal wer in den letzten 20 Jahren regiert hat, für sie wurde die Lage immer schlechter. Es hilft ja auch nichts mehr, die „linken“ oder „sozialen“ Parteien zu wählen. Den Anstoß zu der Misere haben ja ausgerechnet sie sozialen Kahlschläge der rot-grünen Koalition unter Schröder und Fischer eingeleitet. Davon hat sich die SPD nie wieder erholt und vermutlich wird sie demnächst darum kämpfen müssen, bundesweit überhaupt noch zehn Prozent zu erreichen.

Und die ehemaligen SPD-Wähler, die „kleinen Leute“ also, haben niemanden mehr, den sie noch wählen können, denn die Linke ist vielen vor allem im Westen noch immer suspekt. Und so gehen sie eben entweder nicht mehr zur Wahl oder machen ihr Kreuz aus Protest bei der AfD, obwohl deren Parteiprogramm auch nicht gerade vor sozialen Komponenten strotzt.

CO2-EMISSIONEN- Wir rechnen falsch

Und viele lassen sich von den Medien einlullen und halten die Grünen für eine linke oder soziale Partei, dabei hat sie inzwischen weitgehend die Positionen der FDP übernommen und ist eine Partei der Besserverdiener geworden, die mit ihrem Kreuz ihr „soziales und grünes Gewissen“ beruhigen wollen. Außerdem gehen bei den Grünen die Dinge, die sie in der Tagesschau erzählen und das, wofür sie dann abstimmen, [weit auseinander](#). Aber die Medien lassen es der Partei durchgehen.

Auch bei der nächsten Frage zeigt sich, dass die Deutschen keineswegs die Demokratie satt haben, sondern im Gegenteil mehr Demokratie wollen. 83,5% wollen, dass der Bundestag durch Volksinitiativen dazu aufgefordert werden kann, sich mit bestimmten Themen zu befassen. 64 % befürworten das Schweizer System der direkten Demokratie, in dem die Bürger Entscheidungen des Bundestages durch Volksentscheide ändern können.

Das Hauptproblem der deutschen „*parlamentarischen Parteiendemokratie*“ ist ja, dass man vor der Wahl nicht weiß, wer am Ende mit wem eine Koalition eingeht und welche Themen dann tatsächlich umgesetzt werden. Man gibt also bei der Wahl seine Stimme ab und weiß eigentlich gar nicht, was man danach bekommt. 63,9% der Deutschen wollen daher bei der Wahl auch gleich entscheiden können, wer mit wem danach die Regierung bildet.

Danach kommt die Umfrage wieder zur wirtschaftlichen Entwicklung und auch hier findet sich eine große Diskrepanz zu dem, was wir in den Medien lesen und was die Menschen empfinden. Während die Medien vom „reichen Deutschland“ berichten und uns ständig damit glücklich machen wollen, dass die Wirtschaft wächst, kommt davon bei den Menschen nichts an. 65,4% sind der Meinung, dass die Menschen von der „*guten wirtschaftlichen Entwicklung nicht profitiert*“ haben.

Dass all diese Dinge am Ende Gesellschaft spalten, kann nicht überraschen. Und so beklagen 75,9% der Deutschen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt zurückgegangen ist. Dieser Punkt ist auch überhaupt nicht strittig, in allen Bevölkerungsgruppen, nach denen die Umfrage differenziert hat, beklagen das zwischen 67% und 85%. Noch vor wenigen Jahren wurde in Deutschland von einer „Solidargemeinschaft“ unserer Gesellschaft gesprochen. Diese Zahlen zeigen, dass das inzwischen sicher nicht mehr zutrifft.

Der Sozialstaat, der der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken sollte, hat inzwischen auf ganzer Linie versagt.

Und wenn man sich die Gründe für diese Entwicklung anschaut, kann man das als Gesellschaftskritik ansehen. Der von Medien und Politik propagierte „Individualismus“ führt dazu, dass die Menschen ihre eigenen Bedürfnisse über die Bedürfnisse der Gemeinschaft stellen, er führt zu Egoismus.

Unglaubliche 90,4% der Deutschen sehen in der Tatsache, dass „*Egoismus mehr gilt als Solidarität*“ den Grund für den „*schwindenden Zusammenhalt*“ der Gesellschaft.

Ein weiteres Problem ist die „Ghettobildung“, so will ich es mal nennen. Dadurch, dass der Preis für Wohnraum sich inzwischen so entwickelt hat, dass die verschiedenen Einkommensschichten auch geografisch getrennt leben, bleiben die „*Schichten*“ unter sich. Die Umfrage stellt fest, dass 66,4% als Grund für den „*schwindenden Zusammenhalt*“ der Gesellschaft angeben, dass die „*Schichten*“ nur noch „*wenig zusammenkommen*“.

CO2-EMISSIONEN- Wir rechnen falsch

Und obwohl Medien und Politik uns die [Globalisierung](#) mit aller Macht als etwas ganz tolles verkaufen wollen, sehen 57,2% der Menschen in der Globalisierung einen Grund für den „*schwindenden Zusammenhalt*“ der Gesellschaft. Und 49,3% sehen den Grund in den „*zu vielen Zuwanderern*“.

Bemerkenswert hierbei ist, dass ausgerechnet Menschen mit Migrationshintergrund dieser These mit 60,1% weit mehr zustimmen als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Allerdings ist die Zuwanderung ein wichtiges Thema, denn bei der Frage nach der Wahrnehmung sozialer Konflikte steht der Konflikt zwischen den Unterstützern und den Gegnern der Zuwanderung mit weitem Abstand mit 90,3% auf dem ersten Platz. Auf Platz zwei folgt mit 72% der Konflikt zwischen Arm und Reich, was wieder all meine Ausführungen über die Spaltung in Deutschland bestätigt. Der Konflikt zwischen Ost- und Westdeutschen zum Beispiel liegt mit 38,2% nur auf Platz vier.

Man sieht, dass die Umfrage ein sehr trauriges Bild der Lage in Deutschland zeichnet.

Aber im Spiegel war die Umfrage der Redaktion nur sechs kurze Absätze wert, in denen der Leser de facto keinerlei Informationen bekommen hat.

Außer der Tatsache, dass weniger als 50% der Deutschen mit der Demokratie in Deutschland zufrieden sind, hat der Spiegel-Leser nichts erfahren. Kein Wort über die Gründe und Details. Was der Spiegel auch verschwiegen hat, steht am Ende der Umfrage im letzten Kapitel:

“ Unsere Umfrage hat ergeben, dass im Frühjahr 2019 nur noch eine Minderheit von 46,6 Prozent der wahlberechtigten Staatsbürger_innen mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden war. Dies ist ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Durchschnittswert von etwa 60 Prozent, den die Demokratiezufriedenheit nach der deutschen Einheit (im Zeitraum 1991 bis 2017) erreichte. „

Die Tendenz ist also erschreckend und das, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre gut war. Das bestätigt wieder die These, dass die Hurra-Meldungen aus Politik und Medien über das „reiche Deutschland“ und die „wirtschaftlichen Erfolge“ der letzten Jahre nichts mit der Lebensrealität der Menschen im Lande zu tun haben.

Ich muss ganz ehrlich sagen, dass mich das ein wenig an die letzten Jahre der DDR erinnert. Dort haben die Medien auch nur die Parolen über „Erfolge“ verkündet, heute sind das die Parolen vom „reichen Deutschland“ und dem „Wirtschaftswachstum“. Über die Probleme wurde in der DDR nicht berichtet und auch der Spiegel hat hier in einem sehr kurzen Artikel über eine interessante Umfrage die wirklichen Probleme, die die Umfrage aufzeigt, also die Spaltung der Gesellschaft und die Frustration und Perspektivlosigkeit der „kleinen Leute“, nicht einmal erwähnt.

Aus vielen Gesprächen mit „Ossis“, die die Wende bewusst miterlebt haben, weiß ich, dass viele von denen sich inzwischen an damals erinnert fühlen und dass die „Berichterstattung“ der „Qualitätsmedien“ sie stark an „Aktuelle Kamera“ und „Schwarzen Kanal“ erinnert.

Artikel, wie dieser im Spiegel, unterscheiden sich tatsächlich nicht mehr davon. Ende der 1980er Jahre bemerkten 70-80% der DDR-Bürger im Alltag, dass die Nachrichten nicht mehr zum täglichen Erleben passten. Die gleiche Tendenz sehen wir heute auch in Deutschland. Ob Politik und Medien wohl etwas ändern? Oder braucht es wieder Montagsdemonstrationen, wie 1989 in Leipzig, damit sich etwas ändert?

Hoffnung habe ich aber ehrlich gesagt nicht, denn das Beispiel der Gelbwesten hat gezeigt, dass die westlichen Demokratien solche Demonstrationen mit einer Kombination aus langem Atem, verschärftem Demonstrationsrecht und massiver Polizeigewalt aussitzen.